

Anker in der Vergangenheit

Die Europäische Union ist ein großes und diverses Gebilde. Doch wie können sich ihre Bürger damit identifizieren? Ein Blick in die griechisch-römische Antike zeigt, wie es funktionieren könnte

VON MICHAEL SOMMER

Wenn der deutsch-französische Motor der Europäischen Union stottert, droht dem ganzen Gefährt der Stillstand. Eine Ahnung davon vermittelte Macrons jüngster Kurswechsel im Streit um die Gaspipeline Nord Stream 2. Noch am 21. Januar schien zwischen Paris und Berlin alles in bester Ordnung zu sein: Als die deutsche Kanzlerin und der französische Präsident den Aachener Vertrag unterschrieben, fehlte in kaum einem Kommentar der Hinweis auf den 46 Jahre zuvor geschlossenen Élysée-Vertrag. Doch niemand erinnerte daran, dass der Vertrag einst vor allem den kurzfristigen Interessen der beiden Staatschefs gedient hatte: De Gaulle wollte einen Keil zwischen Deutschland und die USA treiben, Adenauer brauchte in der Spätphase seiner Kanzlerschaft dringend einen außenpolitischen Erfolg. Wenn der Élysée-Vertrag jemals einen „Geist“ besessen hatte, war er bereits zwei Monate nach der Unterzeichnung tot, als Kennedys Botschafter in Bonn protestierte und die Bundesregierung die deutsche Fassung prompt mit einer neuen Präambel versah. Darin bekannte sich die deutsche Seite zur Partnerschaft mit den USA und zum Beitritt Großbritanniens zur EWG. In Paris schäumte der General: Die Deutschen würden vor den Angelsachsen kuscheln.

Heute dagegen wird der Élysée-Vertrag als Gründungsdokument der Achse Paris-Berlin gefeiert. Die Stiftung der deutsch-französischen Freundschaft durch die Gründerväter und die Sicherung des Friedens durch europäische Integration sind zwei zentrale Erzählungen. Sie haben ihren Platz nicht in den Traktaten von Zeithistorikern, sondern im Hier und Jetzt einer in die Jahre gekommenen, ausfransenden und von Zerfall bedrohten EU. Der Ägyptologe Jan Assmann nennt solche Narrative „fundierende Geschichten“. Maßstab für sie ist nicht der Wahrheitsbegriff des Historikers, sondern die Bedeutung für die soziale Sinnstiftung. Ein anderes Wort dafür ist Mythos.

Es gibt eine Europäische Union, aber keine Europäer, die zu solidarischem Handeln in der Lage sind

Wie viel Mythos braucht das Europa der Gegenwart? Nach den Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs und den Entbehrungen der Nachkriegszeit hatte sich eine fundierende Geschichte zunächst von selbst aufgedrängt: Die europäische Integration garantierte Frieden und Wohlstand, den Deutschen versprach sie auch die Rückkehr in den Kreis der zivilisierten Völker. Das Narrativ hatte sich erledigt, sobald die Errungenschaften selbstverständlich schienen. Mit dem Abtreten der Kriegsgeneration Kohl-Mitterand machte das Pathos allenthalben technokratischer Geschäftsmäßigkeit Platz. In der zweiten Phase ihrer Existenz war die Union zur Wirtschafts- und Vertragsgemeinschaft entkernt.

Vor rund zehn Jahren hat die dritte Phase begonnen, untermalt von den Misstönen von Griechenland-, Euro-, Flüchtlings- und Brexit-Krise. Angesichts des manifesten Institutionsversagens erkannte man das Problem, dass es zwar eine Europäische Union, aber keine Europäer gibt, die zu solidarischem Handeln in der Lage waren. Prompt reagierte die Kommission, indem sie das Thema europäischer Identität wieder auf die Tagesordnung setzte. Deutlich mehr Geld floss ins Erasmus-Programm für Studentenmobilität. Und die Forschungsförderung der Kommission knüpft in ihren Förderlinien für die Geistes- und Sozialwissenschaften, die Bewilligung von Forschungsgeldern an eine normative Vorgabe: „Europeanness“ soll nicht nur erforscht, sondern befördert werden.

Worauf könnte sich ein solches Europäertum, wenn es denn gewollt ist, gründen? Wie kann man in einem so großen und diversen Gebilde wie der Europäischen Union bewirken, dass sich die Bürger mit den Institutionen identifizieren – und sich als Gemeinschaft fühlen? Oder, anders gefragt, wie kann ein europäischer Mythos entstehen?

Es lohnt, einen Blick auf das antike Römische Reich zu werfen. Denn die Römer waren nicht nur wahre Virtuosen der Herrschaft, sondern auch Integrationsweltmeister.

Die griechische Vokabel „Mythos“ bedeutet „Rede“ oder „Kunde“. Die homerischen Epen von Ilias und Odyssee, sind Schrift gewordene Mythen. Sie trugen dem Bedürfnis Rechnung, sich einen Reim zu machen auf eine komplizierter werdende Welt, zu deren Erkundung und Besiedelung die Griechen im 8. Jahrhundert v. Chr. ansetzten. Mythen schufen Selbstverständnis und Selbstbewusstsein; sie stifteten und bewahrten Identität, die sie, wie es Hans-Joachim Gehrke ausdrückt, „in der Tiefe der Vergangenheit verankerten“. Das Fremde und Unbekannte, räumliche Distanz und ihre Überwindung sind allesamt Grundthemen des Mythos. Nicht umsonst haben die Griechen viele ihrer Helden auf die Reise geschickt: Das schönste Beispiel ist Europa selbst, die auf dem Rücken des Zeus in Stiergestalt vom phönizischen Sidon nach Kreta schwamm.

Der Erfolg des Mythos gründete nicht zuletzt darauf, dass seine Geschichten anschlussfähig waren – auch für Nichtgriechen: Als gelehrige Schüler erwiesen sich die Römer, die Aeneas zu ihrem Urahn erkoren, einen Flüchtling aus Troja, der zehn Jahre durchs Mittelmeer irrte, bevor er schließlich Mittelitalien erreichte. Eine Episode dieser epischen Fluchtgeschichte spielte in Karthago, wo die Königin Dido den Trojaner aufnahm, mit dem sie bald das Lager teilte. Doch die Götter mahnten Aeneas zum Aufbruch, und der Held machte sich auf und davon. Er ließ eine buchstäblich zu Tode beleidigte Königin zurück, die



Karikatur: Reiner Schwalm

ihm noch im Sterben Rache schwor. Wer die Geschichte kennt, spürt, wie sich hier wuchtig der Ballast dreier römisch-karthagischer Kriege im 3. und 2. Jahrhundert v. Chr. abgelagert.

Die römische Republik, die Karthago den Gar aus machte, war ein expansiver Räuberstaat, der sich das gesamte Mittelmeer unterwarf. Die Republik als politisches System eines Stadtstaats war jedoch mit der Herrschaft über ein Imperium über-

Rom versprach nicht nur Zivilisation, sondern auch Sicherheit und die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs

fordert und wich unter Augustus dem Prinzipat, einer zunächst verkappten Monarchie. Während ein paar Hundert Senatoren das Vorrecht verloren, die politischen Weichen für das Imperium zu stellen, ging es Millionen Menschen unter Augustus viel besser als unter den Auspizien republikanischer Freiheit. Vor allem erfreuten sich die Reichsbewohner eines weit höheren Lebensstandards als die armen Teufel, die jenseits der Reichsgrenzen

ihre Dasein fristeten. Der römische Herrschaftsreich hatte mit Augustus, wie der Politologe Michael Doyle befand, eine Schwelle überschritten.

Kaum ein Großreich der Weltgeschichte war auch nur annähernd so langlebig. Die Unterworfenen nämlich sahen sich desto weniger als Entrechtete und Geknechtete, je mehr sie in den Genuss römischer Zivilisationsleistungen kamen: Wer im Winter in zugigen Hütten gefroren hatte, freute sich über Glasfenster. Menschen, die ihr ganzes Leben über morastige Wege gestapft waren, schritten dankbar über die gepflasterten Straßen. Der griechische Redner Aelius Aristides lobte, römische Ingenieure hätten große Distanzen mit Straßen und Poststationen überwunden, Berge durchstoßen und Flusstäler überbrückt. Überall hätten die Römer eine kultivierte Lebensweise eingeführt.

Rom versprach nicht nur Zivilisation, sondern auch Sicherheit. Städte konnten auf Mauern verzichten, weil der römische Friede jahrhundertlang sämtliche Härtebestand bestand. Mindestens ebenso wichtig war die Rechtssicherheit, die eine weitgehend korruptionsfrei arbeitende Verwaltung garantierten. Eng verknüpft damit war ein soziales Aufstiegsversprechen: Bereits die Republik war großzügig mit der Verleihung des römi-

schen Bürgerrechts verfahren. Die Kaiser seit Augustus ermöglichten es für immer mehr Nicht Römer: Die Türen des Senats öffneten sich für Männer, die aus Gallien, Spanien oder Nordafrika stammten. Jeder Provinziale konnte davon träumen, dass sein Kind römischer Bürger, sein Ururenkel gar römischer Kaiser sein könnte. Im Gegenzug verlangte Rom Loyalität und einen vergleichsweise moderaten Steuersatz. Ein guter Deal, solange der Staat liefern konnte.

Aus dem zusammengebrochenen Imperium wurde eine Schicksalsgemeinschaft, der sich die Untertanen verbunden fühlten. Aelius Aristides war des Lobes voll für diese Leistung: In ein einziges „Haus“ hätten sie die zivilisierte Welt verwandelt, rief der Redner verzückt den Römern zu.

Mit den fundierenden Geschichten des Mythos verfügte das römische Haus über ein kulturelles Gedächtnis. Wer Zugang zu Bildung und Literatur hatte, nahm in sich den Schatz dieser Erzählungen auf, setzte sich und seine nähere Umwelt zur großen, weiten Welt des Imperiums in Beziehung. Mehr noch: Dadurch, dass man sich dieselben Geschichten, lediglich in lokalen Varianten, immer wieder erzählte, sie in literarischen Adaptionen wie den „Metamorphosen“ Vergils las und in der Alltagssprache in Form von Anspielungen und Zi-

In europäische Bildung zu investieren, ist allemal nachhaltiger als die Selbstmythisierung

taten benutzte, versicherte man sich gegenseitig seines Römischseins. Das Aufgehobensein im Mythos, das selbst noch die christlichen Intellektuellen der Spätantike empfanden, verankerte die Kollektivität in ähnlicher Weise, wie es in der Neuzeit die Nationalliteraturen taten. Benedict Anderson hat in „Die Erfindung der Nation“ prägnant beschrieben, wie Narrative Nationen formten: Schlüsseltexte, deren Verbreitung in der Neuzeit der Buchdruck beschleunigte, gingen in das kollektive Gedächtnis von Sprachgemeinschaften ein, die so zu Identitätsgemeinschaften wurden.

Ein Nationalstaat moderner Prägung wurde Rom auf diesem Wege nicht. Dazu fehlte die Technologie und der Zugang zu den Narrativen war auf zu Wenige begrenzt. Rom blieb, auch als Schicksals- und werdende Identitätsgemeinschaft, ein polyethnisches, multikulturelles, vielsprachiges und religiös buntscheckiges Imperium. Schließlich wurde es, während das Reich als politisches Gebilde verschwand, selbst zum Mythos: zur fundierenden Geschichte für Herrschaft als solche, die weit über das Mittelmeer hinausstrahlte. Briten, Deutschen, Niederländern, Rumänen und anderen war das Imperium ein ergiebiges Reservoir für nationale Mythen, die sich oft an den Widerstand gegen Rom knüpften: Gestalten wie Boudicca, Arminius und der Bataver Iulius Civilis waren in der Nationalstaatsgenese in die ferne Vergangenheit projizierte Kristallisationspunkte von Identität.

Boris Johnson, ehemaliger britischer Außenminister und Althistoriker, hat schon 2006 in seinem Buch „The dream of Rome“ die EU mit Rom verglichen. Kaum überraschend schnitt sie in den Ausführungen des Erz-Brexiters nicht gut ab. Im Gegensatz zum bürokratischen Moloch Brüssel sei Rom mit einem Minimum an Steuern ausgekommen und habe weise auf Überregulierung verzichtet. Der Vergleich ist ungleich, weil er nicht berücksichtigt, dass die Leistungsfähigkeit antiker Ökonomien erbärmlich und das Anforderungsprofil an Staaten entsprechend bescheiden war. Johnson hat aber recht, wenn er einfordert, die Staatengemeinschaft müsse durch Leistung überzeugen. Genau das war das Erfolgsrezept der Römer gewesen.

Johnson regte auch an, jeder europäische Schüler solle während seiner Schulzeit wenigstens einen Gesang von Vergils Aeneis gelesen haben. Das Nationalepos der Römer ist nicht nur imperiale Rechtfertigungspoesie, sondern auch ein Referenzpunkt der europäischen Literatur. Wollen wir Europa zu einer Gemeinschaft des Imaginären im Sinne Andersons entwickeln, dann sollten wir hier ansetzen: Das gegenseitige Kennenlernen der Nationalgeschichten und -literaturen als fundierende Geschichten für „Europeanness“ wäre ein erster Schritt in Richtung jener Verankerung „in der Tiefe der Vergangenheit“, die der griechisch-römischen Zivilisationsgemeinschaft über Jahrhunderte und sprachlich-kulturelle Grenzen hinweg zu solcher Kohäsion und Resilienz verholten hat. In eine wirklich europäische Bildung zu investieren, ist allemal nachhaltiger als die Selbstmythisierung der EU. Bei der griechischen und römischen Antike anzufangen, die doch immerhin als Bezugspunkt allen europäischen Nationen gemein ist, wäre keine schlechte Idee.

— Vor zwei Wochen beschrieb Anna Sauerbrey an dieser Stelle den Wandel eines sakralen europäischen Narrativs. Der Autor knüpft an ihre Ausführungen an.



Michael Sommer ist Professor für Alte Geschichte an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

EIN WORT zum Sonntag



Foto: Oliver Berg/tpa

„Ich bin eine Art rheinischer Katholik: Hier unten so leben, dass man oben noch reinkommt. Ich glaube aber auch, dass der Tod nicht das letzte Wort hat.“

Wolfgang Bosbach, CDU-Politiker aus Nordrhein-Westfalen im Interview mit „domradio.de“.

Ein SPRUCH

Daten verraten

FATINA KEILANI über die Vorbereitungen zum Zensus

Erinnert sich noch jemand an die Volkszählung in den Achtzigern? Sie sollte 1983 stattfinden, Beamte sollten von Tür zu Tür gehen und Daten erheben. Es gab heftigen Widerstand, ein Jurastudent und zwei Hamburger Anwältinnen wehrten sich vor dem Bundesverfassungsgericht und bekamen Recht – das war die Geburtsstunde des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung. Es geht nicht, dass der Bürger nicht wisse, wer welche Daten von ihm besitzt, urteilte das Gericht Ende 1983 und erklärte das Gesetz für verfassungswidrig. „Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information dauerhaft gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen“, so die Richter, und das behindere die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Die Zählung fand in beschränkter Form 1987 statt. Obwohl die Datenverarbeitung längst nicht das heutige Ausmaß angenommen hatte, erkannten die Richter deren Potenzial. Belanglose Daten gibt es nicht.

Wie wahr, denn jedes Datum, das einzeln belanglos erscheint, ist Teil eines digitalen Mosaiks. Die Daten des Einzelnen sind heute viel stärker bedroht, aber nicht durch den Staat, sondern vor allem durch ihn selbst, denn er shoppt online, zeigt sich bei Instagram und gibt alles mögliche freiwillig preis. Meist macht er sich nicht klar, wie präzise die Datensammler ihn kennen – sie wissen schon heute, was er morgen wollen wird.

Deutschland zählt seine Bewohner alle zehn Jahre, und obwohl Widerstand heute viel leichter zu organisieren ist, wehren sich die Bürger kaum. Mit gutem Grund. Der Staat braucht verlässliche Daten, um handeln zu können: Wie viele sind wir? Gibt es genug Wohnungen? Brauchen wir neue Schulen oder eher neue Altenheime? Während Google und Facebook vor allem Daten sammeln, um den Einzelnen zum Konsum zu animieren, braucht der Staat die Daten, um ihn zu versorgen. Da erscheint es sinnvoller, seine Daten dem Staat zu überlassen.

Bisher kam jedes Zensusgesetz vor das Bundesverfassungsgericht. Für den Zensus 2021 werden derzeit Testläufe veranstaltet, und zwar mit echten Daten von echten Bürgern. Dagegen wehrten sich Aktivisten. Die Verfassungsrichter entschieden jedoch am Donnerstag, dass der Test so weitergehen kann.

Die Ergebnisse jeder Volkszählung beeinflussen auch die Verteilung des Geldes beim Länderfinanzausgleich. Berlin und Hamburg griffen deshalb das Zensusgesetz von 2011 per Normenkontrollklage an. Dieses Gesetz sah eine neue Zählmethode vor, die sich vor allem auf Registerdaten stützte. Als die Ergebnisse vorlagen, hatte Berlin statistisch auf einen Schlag rund 180.000 Einwohner weniger. Das sind 470 Millionen Euro weniger aus dem Länderfinanzausgleich. Das Gericht bestätigte 2018 das Gesetz.